

erst in der Zeit der Preissteigerungen beschaffen mußten. Praktisch sind jedoch alte und neue Sachwerte vielfach so miteinander vermischt, daß die Herauslösung des Gewinnanteils, der reine Differenzialrente darstellt, unmöglich sein wird. Überdies kommt es allein auf die Erträge, die ohnehin schon durch eine Mehrheit von Steuern erfaßt werden, an, da ein Sachwert als solcher nur eine eingebilddete Bedeutung besitzt, wenn er nicht einen entsprechenden Ertrag abzuwerfen vermag. Zu glauben, daß Dinge, mag man sie nun Substanzwerte oder Sachgüter nennen, als solche einen unwandelbaren Wert besitzen, ist eine Auffassung, die nur unter Mißachtung der volkswirtschaftlichen Erkenntnisse der letzten Jahrhunderte verteidigt werden könnte. Es darf an dieser Stelle nicht der Hinweis unterlassen werden, daß die Wirtschaftspraktiker zu dem Aberglauben, der sich um den Begriff des „Goldwertes“ bilden konnte, selbst dadurch beigetragen haben, daß sie im lässigen Sprachgebrauch jedes Guthaben im valutastarken Ausland als Goldguthaben bezeichnen, obwohl alle Währungen mit Ausnahme der Dollarwährung ihren ursprünglichen Zusammenhang mit der Goldgrundlage nicht aufrechtzuerhalten vermochten.“

Aus der Schlußbetrachtung: „Es bleibt Heuchelei, wenn irgendwelche verantwortlichen Kreise des gegnerischen Auslandes glauben, die Staatenordnung anders als

durch zahlenmäßige Herabsetzung der deutschen Schuldsomme wieder herzustellen, deren Höhe ohnehin nur durch den Rechtsbruch in der Frage der militärischen Pensionen erreicht wurde. Der Vertrag von Versailles gibt nicht die Freiheit, auch noch jeden einzelnen Deutschen zu versklaven, sondern er verpflichtet durch zahlreiche ausdrückliche Bestimmungen, den deutschen Staat zu entlasten, wenn er unter stärkster Anspannung seines Steuersystems unter der Bürde zusammenbricht. Dieser Zeitpunkt ist jetzt erreicht. Kein Sachverständiger wird glauben, daß durch irgendein Kontrollverfahren, das überdies selbst zu den elenden Buchstaben des Vertrages von Versailles in krassestem Widerspruch stünde, aus der deutschen Finanzverwaltung oder der deutschen Wirtschaft auch nur ein Pfennig mehr herausgeholt werden kann, als was Deutschland bisher unter Zerrüttung seiner Währung zu leisten vermochte. Die Handelskammer ist der Auffassung, daß keine deutsche Regierung irgendwelchen neuen Maßnahmen zustimmen darf, die einer internationalen Finanzkontrolle gleichkommen oder die Wirtschaft zu unterbezahlter Fronarbeit für das Unternehmertum des gegnerischen Auslandes verpflichten. Wird das deutsche Volk vor eine solche Wahl gestellt, so müßte es den Mut haben, bedingungslos abzulehnen und mit gespannter Willenskraft und würdiger Leidensbereitschaft den Folgen entgegenzublicken.“

Zur Lage

Im Beginn des Jahres 1921 erschien die Lage der deutschen Volkswirtschaft vielen Beurteilern nicht ungünstig. Die Preise im Großhandel hatten sich seit fast einem Jahr auf derselben Höhe gehalten, eher mit einer Tendenz zum Sinken als zum Steigen; die Arbeitslosigkeit war geringfügig, verglichen mit den Zahlen der großen westlichen Wirtschaftsstaaten; im Innern schien der Prozeß der sozialen Festigung weit fortgeschritten; in den auswärtigen Beziehungen glaubte man auf die inneren Schwierigkeiten der Kriegsgegner und auf die Gegensätzlichkeit ihrer Interessen rechnen zu können; das Schicksal der deutschen Staatsfinanzen aber währte eine weitverbreitete Meinung mit dem Schicksal der deutschen Unternehmungen nur lose verbunden. Wir haben damals vor so leeren Hoffnungen gewarnt, und wir sind froh, zu rechter Zeit gewarnt zu haben. Inzwischen wird es auch unseren Kritikern von damals deutlich geworden sein, daß alle ihre Argumente und alle jene Anzeichen trügerisch gewesen sind. Wenn heute etwas not tut, so ist es eher die inzwischen stark aufgewucherten Zweifel an der Zukunft unseres Währungs- und Wirtschaftsgebäudes auf das rechte Maß zurückzuführen.

Es geschieht selten, daß Kalenderjahre mit deutlich abgegrenzten Abschnitten der politischen und wirtschaftlichen Geschichte zusammenfallen. Im Jahre 1921 scheint dieser seltene Fall gegeben. Es beginnt mit entscheidenden Umbildungen der westländischen Regierungen: dem Ersatz des bedeutungslosen Kabinetts Leygues durch das Kabinett Briand, das Ausscheiden des konservativen Führers Bonar Law aus der Regierung Lloyd Georges, dem Eintritt Churchills und dem Amtsantritt des Präsidenten Harding. Hiermit wird eingeleitet eine straffere Reparationspolitik, eine weisere Haltung in der irischen Frage und eine Aktivierung der amerikanischen Außenpolitik. Am Ende des Jahres steht die im Ausland mit ungewöhnlicher Ruhe aufgenommene deutsche Feststellung, die ihr auferlegten Zahlungen nicht leisten zu können, der Friede mit Irland und die Abrüstungskonferenz in Washington. Dazwischen liegen die Londoner Konferenzen, die Sanktionen, der ultimative Zahlungsplan und die Oberschlesien-Entscheidung.

Bezeichnen diese Ereignisse die Kulmination des französischen Einflusses, so ist am Ende des Jahres die anglo-amerikanische Vormachtstellung glänzender manifestiert als je in der Geschichte. Briand wird klug genug sein, nicht erst seit heute einzusehen, daß auch jene diplomatischen Siege Frankreichs Pyrrhussiege gewesen sind. Es ist schon jetzt mehr Objekt als Subjekt der großen Politik und durchaus durch eigenes Verschulden, da es nicht verstanden hat, seine wirklichen Kräfte mit seinen chimärischen Ansprüchen ins Gleichgewicht zu setzen. Noch fünf Jahre solcher Siege und Frankreich ist auf dem Rang Italiens angekommen.

Hieraus erwächst indessen für Deutschland wenig Hoffnung. Auch unter den glücklichsten Konstellationen der Weltpolitik wird die Lage unseres Landes in der nächsten Zukunft schwer und hart sein. Es ist schon heute jedem Lehrling bekannt, daß der günstige Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie eine Funktion des Sinkens der Mark ist. Mit jeder Annäherung an stabile Währungsverhältnisse und an ein geordnetes Budgetwesen wird der Absatz zurückgehen und die Arbeitslosigkeit anschwellen; die Bedrängnisse des Mittelstandes werden sich auf Handarbeiter und Beamte ausdehnen, und an die Stelle der vermeinten Katastrophe wird eine schlechende Krisis von langer Dauer treten — wenn nicht auf den Eintritt ganz neuer Elemente in die Konjunktur-Rechnung gezählt werden darf: die Erschließung Rußlands oder die Durchführung anderer großer Wirtschaftsgedanken, wie sie verschiedene Führer unserer Industrie (in allerdings sehr verschiedener Form) vorschweben mögen, Herrn Stinnes sowohl wie Herrn Rathenau.

Aber auch wenn die obsiegende Mittelmäßigkeit drinnen und draußen die Dinge im alten Gleis fortgehen läßt, ist das gedankenlose Zetern über die Hoffnungslosigkeit unserer Währungszustände ebenso töricht, wie es vor zwölf Monaten der ebenso gedankenlose Optimismus war. Die Handelskammer Hamburg hat mit Recht bemerkt, daß es keiner Wunder und keiner gewaltigen Taten bedarf, um das Schlimmste abzuwenden, sondern nur einiger weniger Maßnahmen, die auch bei mäßiger

Vernunft zu begreifen und mit bescheidener Begabung durchzuführen sind. Die Katastrophe ist nur dann unabwendbar, wenn Deutschland seine Währung und damit sich selbst aufgibt; wenn es der Währung zuschreibt, was in Wirklichkeit dem Verhältnis von Staatseinnahmen und -ausgaben, von Auslandsschulden und Auslandsforderungen zuzuschreiben ist.

Man kuriere nicht an Symptomen und prügele nicht den Fetisch, wenn das Wetter schlecht ist: dies scheinen sehr primitive Regeln zu sein; sie reichen aber hin, die Währungsgesetzgebung des Reiches und die Wirtschaftsführung der Privaten vor Katastrophen zu bewahren, die bei einiger Vernunft zu vermeiden sind; die aber in früheren Wirren, wie das Beispiel der Assignaten zeigt, durchaus nicht immer vermieden worden sind. Man entwerfe vor allem ein aufrichtiges und übersichtliches Bild der deutschen Wirtschaftslage mit allen erreichbaren Daten: Staatshaushalt, Währungsreserven, Zahlungsbilanz, Produktionskapazität, Rohstoffversorgung und Arbeiterzahl. Man fordere von den Führern der deutschen Wirtschaft und der deut-

schen Wirtschaftswissenschaft ein bündiges Votum, das sich auf diese Daten stützt. Man lade aber auch diesen Führern die Verantwortung auf, die ihrer Bedeutung angemessen ist. Es ist für den Außenstehenden schwer begreiflich, daß der Vorläufige Reichswirtschaftsrat noch immer nicht die Zeit gefunden hat, den Aufbau des endgültigen, rechtmäßigen in die Wege zu leiten. Ein Staatswesen von der Art und Lage des unsrigen ist nicht mit den Mitteln und in den Formen des alten Beamten- und Diplomatenstaats durch die gefährlichste aller Krisen zu steuern. Und schließlich vergesse man nicht, daß unsere Währungskrisis nur der sichtbarste Ausdruck unserer Staatskrisis ist. Nicht am Golde fehlt es vor allem andern. Legt man den gegenwärtigen Dollarkurs zugrunde, so sind unsere Noten durch unseren Goldbestand zu fast fünfzig Prozent gedeckt. Es fehlt am Erz der Staatsmacht, die allein in- und ausländische Begehrlichkeit in Schranken halten kann, und am Erz der Seelen, in deren Staatsgesinnung jene Macht aufwachsen muß. *Kurt Singer*

Deutschland

Die Beschäftigung der Industrie im November

Obwohl im Monat Oktober vereinzelte Anzeichen des Abflauens der allgemeinen Hochkonjunktur deutlich wurden, hat sich der Beschäftigungsgrad der deutschen Wirtschaft im November im ganzen mindestens auf derselben Höhe wie im Vormonat gehalten. Es wird jedoch angenommen, daß es sich hier nur um die Auswirkung der sich großenteils bis über das erste Vierteljahr 1922 erstreckenden Vorversorgung der Industrie mit Aufträgen handelt, da — nach dem Bericht des „Reichs-Arbeitsblattes“ in Nr. 29, auf den die folgenden Ausführungen sich stützen — schon ein Rückgang in den Bestellungseingängen fühlbar wird und die Ausfuhr eine Steigerung nicht erfahren zu haben scheint. Dazu lesen wir an der genannten Stelle: „Nicht erkennbar ist, in welchem Grade der Inlandsabsatz noch tatsächlich Absatz an Inländer ist und wie weit er in Wirklichkeit für Ausländer erfolgt: in einer Anzahl von Berichten finden sich Hinweise darauf, daß der eigene Absatz nach hochvalutarischen Ländern durch den Ausverkauf der deutschen Geschäfte durch Ausländer oder Agenten der Ausländer unterbunden ist. Im allgemeinen ist ein sicheres und abschließendes Urteil über die gemeldeten Anzeichen auf- und absteigender Bewegung in der Beschäftigung einzelner Industrien deswegen so außerordentlich schwer, weil die Bewegungen aus einer großen Anzahl von Faktoren resultieren und das Nebeneinander günstiger sowie ungünstiger Zeichen noch unübersichtlicher wird durch die verschiedene schnelle Auswirkung, sei es der Geldentwertung überhaupt, sei es der Gestehungskosten im einzelnen — in Anbetracht der ungleichen Rohstoffvorräte und Lohnsteigerungen u. dgl.; nicht minder wird der Überblick über die Lage des Arbeitsmarkts erschwert durch die Verschiedenheit in der Belegung bzw. Eindämmung der Inlands- wie Auslandswertfrage infolge spekulativer Momente, wie durch besondere wirtschaftspolitische Maßnahmen des Auslandes und durch die unkontrollierbaren Hemmungen der Kaufkraft.“

Aus den Einzelberichten von typischen Industriebetrieben an das „Reichs-Arbeitsblatt“ geht hervor, daß von den 1504 für November berichtenden Einzelunternehmungen mit fast 1,27 Mill. Beschäftigten der Anteil der Unternehmungen mit gutem Geschäftsgang sich von 47 auf 58 v. H. erhöht hat, während der der schlecht beschäftigten Betriebe von 18 auf 15 v. H. zurückging. Wenn man

den Stand der letzteren Mitte November 1920 gleich 100 setzt, so ergibt sich ein stetiges Ansteigen bis auf 189 Mitte Juli 1921; von da an sinkt die Ziffer: August 167, September 121, Oktober 87, November 74. Das bedeutet, daß die Beschäftigung der deutschen Industrie im Berichtsmonat besser war als vor Jahresfrist und besser als zu irgendeiner Zeit innerhalb dieser Periode.

Die Steinkohlenförderung im Ruhrbezirk einschließlich der linksrheinischen Zechen wird für November auf 7,75 Mill. t in 24 $\frac{1}{4}$ Arbeitstagen veranschlagt, gegen 8,04 Mill. t in 26 Arbeitstagen im Oktober. Die arbeitstägliche Förderung wird sich voraussichtlich auf 319 500 t gegen 309 500 t im Vormonat stellen. Der seit längerer Zeit bestehende Wagenmangel hielt für die erste Hälfte des Monats noch an; dagegen trat in der zweiten Hälfte eine Verbesserung ein, die dann wieder einer Verschlechterung wich. Die Lagerbestände stiegen von rund 460 000 t am 22. 10. auf fast 620 000 t am 26. 11. Die Kohlenversorgung Süddeutschlands hat sich weiterhin verschlechtert. Die für Bayern bedeutende Kohleneinfuhr aus Böhmen hat seit Mitte November infolge des Steigens der tschechischen Krone fast vollständig aufgehört. Die Aushilfe mit anderen Brennstoffen wie Torf vermag den Ausfall an Kohle nicht zu decken.

Die Steinkohlenförderung Oberschlesiens hat sich gegenüber dem Vormonat arbeitstäglich um etwa 1200—1400 t erhöht. Die gesamte Förderung betrug in 24 Fördertagen 2,89 Mill. t gegen 2,86 Mill. t bei 26 Fördertagen im Vormonat. Die Wagengestellung erreichte 70 bis 80 v. H. ihres Bedarfes, gegen 80 bis 90 v. H. im Oktober. Der Hauptbahnversand stieg im November von 1,82 Mill. t auf 1,84 Mill. t; davon gingen 0,6 Mill. t ins Ausland.

Die Kohlennot, die sich schon im vorigen Monat bemerkbar machte, wurde im November noch fühlbarer. Verschiedentlich ist es bereits zu Betriebsstilllegungen gekommen. Es wirkten zusammen die mangelhafte Zufuhr, die Wasserarmut der Flüsse, die die Elektrizitätswerke gezwungen hat, auf Kohle zurückzugreifen, und vor allem natürlich die Lieferungen an die Entente, denen zufolge im Cardiffer Revier wie im Saargebiet Feierschichten eingelegt werden mußten, und die nordfranzösischen Kohlengruben mit außerordentlichen Absatzschwierigkeiten zu kämpfen haben. In dieser Zwangslage,